

INHALT

- **NRW führt eGK für Flüchtlinge ein**
- **Karlsruher Studie: Raucher entlasten Sozialkassen**
- **Lauterbach: Umdenken beim Thema Krebs**
- **Pflegeausbildung: Grüne stellen Anfrage**
- **Blickpunkt Hintergrund: Wichtige Ergebnisse des Fehlzeiten-Reports 2015**

■ Litsch zur geplanten Krankenhaus-Reform: Einfach mal anfangen

Die Ziele der geplanten **Klinik-Reform** sollten nicht aufgrund der Proteste von Krankenhausverbänden verwässert oder auf die lange Bank geschoben werden. Das hat der Interims-Vorstand des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, bei der **Anhörung** zum Gesetzentwurf erklärt. Litsch sagte: „Man hat die Zeiträume für die Umsetzung der Qualitätsvorgaben im Gesetz schon einmal verlängert. Eine weitere Slow-Motion verträgt dieses Gesetz nicht, sonst bleibt die Qualitätsorientierung im stationären Bereich weiterhin Utopie.“ Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat kürzlich eine **Kampagne** gegen die Reform gestartet und dabei vor der möglichen Schließungen von Stationen oder ganzen Häusern gewarnt. Diese können tatsächlich eine Folge der Reform sein, allerdings eine von der Politik gewünschte: Der Gesetzentwurf sieht nämlich bei der Vergütung Abschläge für schlechte Qualität und Zuschläge für besonders gute Qualität vor; wenn sich Krankenhäuser oder einzelne Abteilungen wegen schlechter Qualität nicht mehr rechnen, droht ihnen das Aus. Bei der Anhörung machten mehrere Experten in ihren Stellungnahmen deutlich, dass die geplante Regelung eher noch verschärft werden sollte: Schlechte Qualität solle gar nicht mehr bezahlt werden, denn sie sei inakzeptabel, so der Gesundheitsökonom Prof. Jonas Schreyögg. Ähnlich äußerte sich der Verbraucherzentrale Bundesverband.

Infos: www.aok-bv.de

■ Kassen: Mehr Ausgaben als Einnahmen

Die Krankenkassen haben im ersten Halbjahr 2015 eine knappe halbe Milliarde Euro weniger eingenommen als ausgegeben. Das geht aus den aktuellen Statistiken des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) hervor. Im Vorjahreszeitraum hatte es noch ein Plus von rund 600 Millionen Euro gegeben. Das jetzige Minus führt das BMG darauf zurück, dass die Kassen die **Zusatzbeiträge** im Durchschnitt bei 0,83 Prozent festgesetzt haben. Das BMG hatte Ende des vorigen Jahres den sogenannten durchschnittlichen Zusatzbeitrag (eine Richtgröße, die nicht dem tatsächlichen Durchschnitt entspricht) für 2015 auf 0,9 Prozent und damit auf die zuvor gültige Höhe taxiert. Dem BMG zufolge wäre die jetzige Halbjahres-Bilanz ausgeglichen gewesen, wenn die Kassen im Mittel tatsächlich Zusatzbeiträge von 0,9 Prozent erhoben hätten. Besorgt zeigt sich das BMG wegen der hohen Kosten neuer Arzneimittel zur Behandlung von Hepatitis C: 600 Millionen Euro im ersten Halbjahr.

Infos: www.aok-bv.de

ZUR PERSON I



■ **Prof. Norbert Klusen** ist neuer Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Gesundheit. Er folgt im Amt auf den im Februar verstorbenen Prof. Peter Oberender. Zuvor war Klusen, der von 1996 bis 2012 der Techniker Krankenkasse vorstand, bereits Mitglied im Stiftungsrat gewesen. Das Kuratorium berief auch Dr. Peter Müller für weitere drei Jahre zum Vorstandsvorsitzenden.



Foto: vfa/Quirin Leppert

■ **Kirstin Hoyer** übernimmt zum 15. November die Position der Geschäftsführerin Kommunikation beim Verband der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa). Hoyer ist seit 2002 Inhaberin und Geschäftsführerin einer Kommunikationsagentur in München und hat bereits viele Unternehmen und Einrichtungen aus den Branchen Healthcare, Technologie und Wissenschaften beraten.

Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
10. September 2015

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ NRW führt eGK für Flüchtlinge ein

Die Gesundheitsministerin von Nordrhein-Westfalen (NRW), Barbara Steffens, hat mit acht Krankenkassen einen Rahmenvertrag zur Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** (eGK) für Flüchtlinge ab Januar 2016 abgeschlossen. Die Kommunen können nun per Ratsbeschluss entscheiden, ob sie beitreten. Wenn sie das tun, zahlen sie pauschal 200 Euro für Behandlungskosten und mindestens zehn Euro für Verwaltungskosten pro Monat und Flüchtling. Sowohl Gesundheitsminister Hermann Gröhe als auch der SPD-Gesundheitsexperte Prof. Karl Lauterbach haben sich inzwischen für die bundesweite Einführung der eGK für Flüchtlinge ausgesprochen, die Union aber nicht. EGKs für Flüchtlinge gibt es bislang nur in Bremen und Hamburg.

Infos: www.aok.de

■ Fehlzeiten-Report 2015: Gesundheitsangebote für Azubis schaffen

Für gesundheitsförderliche Maßnahmen speziell für Auszubildende hat sich Helmut Schröder, Mitherausgeber des Fehlzeiten-Reports 2015 und stellvertretender Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiO), bei der Vorstellung des neuen Bandes ausgesprochen. Die Autoren des Reports haben für die aktuelle Ausgabe eine bundesweit erste repräsentative Befragung von Auszubildenden durchgeführt. Diese hat Defizite im Gesundheitsverhalten zu Tage gefördert. Mehr dazu auf Seite 7.

Infos: www.aok-bv.de

■ Regierung: Patientenberatung soll unabhängig und hochwertig bleiben

Die Bundesregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, Position für einen der Bieter im Vergabeverfahren für die **unabhängige Patientenberatung** zu beziehen. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Die Regierung verweist darauf, dass innerhalb des Ausschreibungsverfahrens Vertraulichkeit zu wahren sei. Die Regierung schreibt auch, Ziel müsse „ein qualitativ hochwertiges Informations- und Beratungsangebot“ sein. Außerdem habe die „fachliche Unabhängigkeit, insbesondere von Interessen der Leistungserbringer und Kostenträger, erkennbar“ zu sein. Anlass der Anfrage der Linken war das aktuelle Ausschreibungsverfahren. Dabei geht es um ein Gesamtvolumen von 63 Millionen Euro für sieben Jahre. Öffentlich bekannt geworden war, dass ab 2016 ein Anbieter zum Zuge kommen soll, der auch für Krankenkassen und Pharmafirmen arbeitet. Die Vergabekammer hat inzwischen bestätigt, dass der GKV-Spitzenverband bei der Ausschreibung korrekt gehandelt hat.

Infos: www.bundestag.de

ZUR PERSON II



■ **Natalie Erdmann**, seit 2008 Regionalleiterin Unternehmenskommunikation Mitte-Nord der Helios-Kliniken, hat nun auch den Posten der Abteilungsleiterin Unternehmenskommunikation und Marketing bei Helios übernommen. In diesem Amt folgt sie Tobias Meixner nach, der jetzt den neu geschaffenen Bereich smartHelios leitet.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Studie: Raucher entlasten Sozialkassen

Raucher entlasten die Sozialsysteme um Milliardenbeträge: Sie sterben ungefähr fünf Jahre früher als Nichtraucher und beziehen deshalb weniger Renten beziehungsweise Pensionen. Das geht aus Analysen von Forschern des Karlsruher Instituts für Technologie hervor. Die Wissenschaftler ließen in ihrer Modellkalkulation eine theoretische nicht rauchende und die reale Gesellschaft des Jahres 2011 über einen Lebenszyklus von 89 Jahren gegeneinander antreten und berechneten die Mehr- und Minderkosten für die Gesellschaft. Die Raucherwelt verursacht Mehrkosten durch medizinische Behandlungen (65 Milliarden Euro), Erwerbsminderungsrenten (18,5 Milliarden Euro), Dienstunfähigkeit (6,8 Milliarden Euro) sowie Renten und Gelder für verwitwete Partner (67,1 Milliarden Euro). Dem stehen Einsparungen bei Renten (158,4 Milliarden Euro) und Pensionen (35,5 Milliarden Euro) gegenüber. Das macht ein Plus von 36,4 Milliarden Euro. Hinzu kommen Einnahmen des Staates aus der Tabaksteuer (375,7 Milliarden Euro).

Infos: www.wirtschaftsdienst.eu

KOMMENTAR

Der GKV-Spitzenverband hat sich über die Karlsruher Studie öffentlich empört, und das mit gutem Grund: Jede halbwegs ordentliche Studie hat eine Aussage, und viele Studien legen eine Fortführung oder Änderung des Verhaltens nahe. Wenn jetzt aber bei den Versicherten ankommt: „Wenn ich rauche, tue ich etwas für die Gesellschaft“, dann konterkariert das die Präventionsangebote der Kassen zur Raucherentwöhnung. Man kann die Studie aber auch als Chance begreifen, einmal klar zu stellen, wozu Krankenkassen da sind und wozu nicht. Sie sind nicht dazu da, der Gesellschaft Kosten zu ersparen, sondern ihren Versicherten (und das können auch Passivraucher sein!) Leid: Die Versicherten sollen möglichst lange möglichst gesund leben. Ansonsten zeigt die Studie noch einmal den paradoxen Doppelzweck der Tabaksteuer auf: Verhalten beeinflussen und Staatskasse füllen. Funktioniert Ersteres, leidet Zweiteres. (ink)

■ Lauterbach: Umdenken beim Thema Krebs

Eine neue zentrale Einrichtung soll einen europäischen Erstattungspreis für Krebsmedikamente festsetzen. Das hat der SPD-Gesundheitsexperte Prof. Karl Lauterbach mit Blick auf die meist enorm hohen Preise für neue Onkologika gefordert. Andernfalls würden die Gesundheitssysteme der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt, so Lauterbach in einem Essay im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Krebs sei ein „Megathema“, das die Große Koalition bei ihren Reformen bisher ausgeklammert habe. Sie müsse aber „sofort handeln“, da eine Reihe von Dingen schief laufe. Die hohen Preise für neue Krebsmedikamente (oft 40-mal teurer als alte Medikamente) hätten bisher nichts mit dem jeweiligen Nutzen zu tun. Im Durchschnitt verlängerten sie das Leben der Patienten nur um wenige Wochen. Nach anfänglichen Erfolgen mit neuen Arzneimitteln komme der Krebs oft noch aggressiver zurück. Deswegen seien auch Studien nötig, die den tatsächlichen Behandlungserfolg dieser Arzneimittel nach der Zulassung weiter untersuchten. Außerdem müssten die Patienten besser informiert und vor überzogenen Erwartungen gewarnt werden. Für unheilbare Fälle sei die Palliativmedizin auszubauen. Manche Krebserkrankungen ließen sich durch eine gesündere Lebensführung, insbesondere durch Nichtrauchen, verhindern, so Lauterbach in mehreren Zeitungsinterviews.

Infos: www.taz.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Pflegeausbildung: Grüne stellen Anfrage

Die Finanzierung der geplanten Reform der Pflegeausbildung ist aus Sicht der Bundestagsfraktion der Grünen problematisch. Wie die Abgeordneten in einer Kleinen Anfrage schreiben, hat eine Umfrage an Krankenpflegeschulen ergeben, dass beispielsweise die aktuellen Schulkosten höher sind als in dem Gutachten aufgeführt, das dem Bundesgesundheits- und dem Bundesfamilienministerium als Grundlage für die Kostenkalkulation diene. Die Grünen verweisen auch auf inhaltliche Kritik der Gewerkschaft Verdi und mehrerer Pflegeverbände an der Zusammenlegung der Ausbildungen.

Infos: www.bundestag.de

■ Gesundheitstechnologien: Deutsche sind aufgeschlossen, aber auch kritisch

Rund ein Viertel der Deutschen kann sich vorstellen, im Alter von einem Roboter gepflegt zu werden. Das hat eine repräsentative Befragung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ergeben. Implantate für mehr Konzentration oder Gedächtnisleistung befürworten sogar 51 Prozent der Befragten. Besonders jüngere Menschen finden diese Idee reizvoll (14 bis 19 Jahre: 62,3 Prozent). Insgesamt sehen die Bürger viel Potenzial im Einsatz digitaler Technologien im Gesundheits-, Pflege- und Fitnessbereich. Besonders so genannte Wearables – also Fitnessarmbänder oder Kleidungsstücke, die Biodaten messen – nehmen sie als Chance wahr (55 Prozent). Die Befragung zeigt auch, dass die Bevölkerung einen hohen Anspruch an die Sicherheit stellt: Eine erhebliche Anzahl der Befragten hat Bedenken, ihre Daten im Netz zu teilen (62 Prozent).

Infos: www.bmbf.de

■ Kleiner Baby-Boom in Deutschland

Erstmals seit zehn Jahren sind 2014 wieder über 700.000 Babys in Deutschland geboren worden. Nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren es genau 714.966. Zehn Jahre zuvor waren es 705.622. In den neun Jahren dazwischen schwankten die Zahlen zwischen 672.724 (2006) und 685.795 (2005). Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig sprach angesichts der aktuellen Zahlen von einem „schönen Signal“. Das Statistische Bundesamt rechnet mit einer stabilen Geburtenrate bis etwa 2020. Danach droht ein Rückgang, weil es wegen der alternden Bevölkerung dann auch weniger Frauen im gebärfähigen Alter geben wird. Die Prognose ist allerdings mit Unsicherheit behaftet, weil nicht klar ist, wie viele Zuwanderer noch nach Deutschland kommen. Ausländische Frauen bringen hierzulande durchschnittlich 1,8 Kinder, deutsche Frauen nur 1,3 Kinder zur Welt.

Infos: www.destatis.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Google arbeitet mit Sanofi zusammen

Google weitet sein Engagement beim Diabetes aus. Jetzt hat es auch mit dem Pharmakonzern Sanofi eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Tochterfirma Google Life Science soll insbesondere ihre Expertise in der Analyse von Gesundheitsdaten und in der Herstellung von elektronischen Miniatur-Bausteinen einbringen. Nach Aussage von Andrew Conrad, Leiter von Google Life Science, will man „eine Schnittstelle aufbauen, die es Ärzten und Patienten erlaubt, Daten zu nutzen, die wir sammeln“. Google arbeitet bereits mit dem Konzern Novartis an einer intelligenten Kontaktlinse für Diabetiker, die den Blutzuckerspiegel in der Tränenflüssigkeit messen soll. Auch mit dem Pharmakonzern Dexcom entwickelt Google schon Blutzuckersensoren.

Infos: en.sanofi.com

■ Schwangere Frauen werden überversorgt

Nahezu alle schwangeren Frauen, nämlich 99 Prozent, erhalten mehr Untersuchungen, als in den [Mutterschafts-Richtlinien](#) vorgesehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Für diese wurden 1.293 Mütter befragt, die im vergangenen Jahr ihr Kind zur Welt gebracht haben. 80 Prozent der werdenden Mütter mussten wegen der ärztlichen Mehrleistungen zuzahlen. Uwe Schwenk, Direktor der Bertelsmann-Stiftung, spricht von einer „klaren Überversorgung in der Schwangerschaft“. Mehr sei nicht zwingend besser. Die Autorinnen der Studie gehen sogar noch einen Schritt weiter. Prof. Rainhild Schäfers von der Hochschule für Gesundheit in Bochum sagt: „Das Überangebot an Untersuchungen schürt die Angst der Frauen vor der Geburt und möglicherweise auch ihren Wunsch nach einer vermeintlich sicheren Kaiserschnitt-Entbindung.“

Infos: gesundheitsmonitor.de

■ EU-Richtlinie gegen Arzneifälschungen: Entwurf des Rechtsaktes veröffentlicht

Die EU-Kommission hat den Entwurf des delegierten Rechtsaktes zur Umsetzung der Fälschungsschutz-Richtlinie 2011/62/EU veröffentlicht. Die Richtlinie soll das In-den-Verkehr-bringen gefälschter Medikamente durch Sicherheitsmerkmale auf den Verpackungen unmöglich machen. Der Rechtsakt wiederum enthält die technischen und organisatorischen Vorgaben für die Sicherheitsmerkmale. Die EU-Kommission muss den delegierten Rechtsakt noch beschließen und dem europäischen Parlament und Rat übermitteln. Derzeit wird dessen Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union im ersten Quartal 2016 erwartet. Nach Veröffentlichung des Rechtsaktes gilt eine Übergangsfrist von drei Jahren. Danach müssen alle Arzneimittelhersteller in Europa die Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt haben.

Infos: www.presseportal.de

Vorschau

G+G | 9/2014

Gesundheit und Gesellschaft

Titelthema: Gesundheit unterm Ahornblatt

Lokale Gesundheitszentren, multiprofessionelle Teams, vernetzte Krankenhäuser – darauf setzt die kanadische Provinz Ontario. Ein Modell, von dem sich Deutschland etwas abschauen kann, sind Michael Ewers, Doris Schaeffer und Kerstin Hämel überzeugt.

Strukturwandel: Letzte Ausfahrt Qualität

Veraltete Versorgungsstrukturen schlucken immer mehr Geld. Darunter leiden Patienten, Kliniken, Ärzte und Krankenkassen. Der Ausweg: ein qualitätsbasierter Strukturwandel, meinen Tim Rödiger, Michael Neumann und Kristin Höfinghoff.

Steigerungsraten: Krankenpflege bleibt vorn

	GKV	AOK	EK	BKK	IKK	KBS
Vertragsärztl. Versorgung	3,9	3,3	4,0	4,0	4,8	5,1
Behandlung durch Zahnärzte	2,8	3,2	2,0	2,6	4,4	3,9
Zahnersatz	0,9	1,1	-0,5	1,7	4,4	2,0
Arzneimittel	4,8	4,9	4,9	4,5	6,7	1,1
Hilfsmittel	2,4	2,7	-0,1	4,8	8,2	1,7
Heilmittel	5,6	5,1	5,0	5,4	11,0	4,0
Krankenhausbehandlung	3,3	2,9	3,2	4,1	5,0	4,3
Krankengeld	5,3	7,1	3,7	5,6	6,5	2,1
Fahrtkosten	7,7	7,9	7,3	5,9	9,7	10,7
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	2,2	1,7	1,1	5,8	7,9	-2,8
Früherkennungsmaßnahmen	6,3	6,2	4,6	6,9	7,6	31,7
Häusliche Krankenpflege	9,9	9,6	8,9	12,1	11,8	9,6
Ausgaben für Leistungen insgesamt	4,1	4,0	3,7	4,3	6,1	4,5

Die Krankenkassen haben im ersten Halbjahr 2015 rund 106,1 Milliarden Euro eingenommen und etwa 106,6 Milliarden Euro ausgegeben. Bei den Steigerungsraten liegt die Krankenpflege mit 9,9 Prozent weiterhin vorn (im gleichen Vorjahreszeitraum: 10,5 Prozent). Waren im Vorjahreszeitraum die Hilfsmittel (9,5 Prozent) und Arzneimittel (8,9 Prozent) an Platz zwei und drei, so sind es jetzt die Fahrtkosten (7,7 Prozent) und die Früherkennungsmaßnahmen (6,3 Prozent).

Die Zahlen zeigen die Veränderungsrate vom 1. Halbjahr 2014 zum 1. Halbjahr 2015 je Versicherten einschließlich Rentner in Prozent; EK = Ersatzkassen. (Quelle: GKV-Statistik BMG KV 45)

Infos: www.bmg.bund.de

■ AKdÄ, DGOP und AKDA: Lieferabriss dauerhaft verhindern

Der Gesetzgeber muss die Verfügbarkeit von unverzichtbaren Arzneimitteln sicherstellen. Das haben die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AKdÄ), die Deutsche Gesellschaft für Onkologische Pharmazie (DGOP) und der Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker (ADKA) gefordert. Hintergrund sind unter anderem zwischenzeitliche Lieferengpässe beim Krebsmedikament Alkeran (Wirkstoff: Melphalan). Der Hersteller hatte im August bekannt gegeben, erst wieder Mitte Oktober liefern zu können, dann aber doch früher wieder Medikamente zur Verfügung gestellt. In der Zwischenzeit waren die Preise von den sonst in Deutschland üblichen 150 Euro auf 2.940 Euro pro 50 Milligramm für einen in den USA erhältlichen Restbestand geklettert.

Infos: www.akdae.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

«BLICKPUNKT HINTERGRUND»

■ Gesundheitszustand der Auszubildenden: Da geht noch was

Wenig Bewegung, schlechte Ernährung, wenig Schlaf, Suchtmittelkonsum, übermäßige Nutzung digitaler Medien – auf jeden fünften Auszubildenden trifft mindestens eines davon zu. Das ist um so bedenklicher, weil Firmen heutzutage oft Mühe haben, Auszubildende zu finden, und diese noch dazu zunehmend dringend brauchen, weil die Belegschaft überaltert. Die Autoren des unter anderem vom Wissenschaftlichen Institut der AOK (WIdO) herausgegebenen Fehlzeiten-Report 2015 haben die Situation analysiert.

Sie sind eine knappe Ressource: Auszubildende. Ungefähr ein Viertel der Ausbildungsplätze konnte zum Stichtag 1. September 2015 nicht besetzt werden, wie aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen. Umso wichtiger ist es, den Gesundheitszustand derer zu erhalten, die in der Ausbildung sind. Doch was ist zu tun, gegen welche Gesundheitsprobleme und -gefahren gilt es bei jungen Leuten anzugehen? Das wollten die Herausgeber des Fehlzeiten-Reports 2015 wissen und haben deswegen Anfang 2015 rund 1.300 Auszubildende befragt. Es war die erste bundesweite Repräsentativbefragung zu ihrem Gesundheitszustand und -verhalten.

» Häufige körperliche und psychische Beschwerden

Die an der Befragung beteiligten Wissenschaftler hatten erwartet, dass die jüngeren Beschäftigten einen sehr guten Gesundheitszustand hätten, doch mehr als die Hälfte der Auszubildenden (56,6 Prozent) berichtete über häufige körperliche Beschwerden und knapp die Hälfte (46,1 Prozent) über psychische Beschwerden. Jeder Vierte klagte über häufige Kopfschmerzen (25,7 Prozent), jeder Fünfte über Rückenschmerzen (21,1 Prozent) oder Verspannungen (22,1 Prozent). Zu den psychischen Beschwerden zählen Müdigkeit (36,0 Prozent), Lustlosigkeit (15,1 Prozent), Reizbarkeit (10,7 Prozent) und Schlafstörungen (10,0 Prozent).

» Problematisches Gesundheitsverhalten

Die Wissenschaftler fanden auch heraus, dass die jungen Leute oft ein problematisches Gesundheitsverhalten an den Tag legen: 26,1 Prozent sind kaum sportlich aktiv, 27,0 Prozent frühstücken nicht, 15,8 Prozent verzichten auf das Mittagessen. 17,0 Prozent konsumieren mehrfach die Woche Fast Food, 57,4 Prozent mehrfach pro Woche Süßigkeiten. Jeder dritte Auszubildende raucht und jeder Fünfte zeigt einen riskanten Alkoholkonsum. Ein Drittel der männlichen und ein Viertel der weiblichen Auszubildenden schlafen in der Woche weniger als sieben Stunden pro Nacht – und das obwohl sie in dem Alter nach Einschätzung von Medizinerinnen mehr Schlaf benötigen. Ein Grund für das Schlafdefizit könnte die starke Nutzung von digitalen Medien sein. Denn addiert man die angegebenen Werte und lässt dabei außer Acht, dass sich die Geräte auch parallel nutzen lassen, so verbringen Auszubildende durchschnittlich insgesamt 7,5 Stunden mit digitalen Medien.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

» Gesundheitsbewusstsein und Einschätzung korrelieren

Das Gesundheitsbewusstsein spiegelt sich in der Einschätzung zur Arbeit: Auszubildende mit einem gesundheitsbewussten Lebensstil nehmen die Arbeitsbedingungen und die Belastungssituation im Betrieb positiver wahr. Sie schätzen ihre beruflichen Entwicklungschancen optimistischer ein, fühlen sich eher angemessen gefordert und bewerten das Verhalten der Vorgesetzten positiver. Alles in allem stellen die Auszubildenden den Betrieben ein gutes Zeugnis aus: Während mehr als jeder Zehnte der risikobehafteten Auszubildenden mit der Arbeit im Betrieb nicht zufrieden ist, sind es bei den gesunden Auszubildenden nur 3,3 Prozent.

» Auszubildende offen für betriebliche Gesundheitsangebote

Die Befragung zeigt, dass die Auszubildenden für betriebliche Gesundheitsangebote sehr aufgeschlossen sind. Fast drei Viertel der Befragten halten Gesundheitsförderangebote des Betriebes für gut. Fast zwei Drittel von ihnen würden speziell auf Auszubildende zugeschnittene betriebliche Angebote bevorzugen. Aus Sicht der Autoren des Fehlzeiten-Reports bietet sich Unternehmen, die diesen Bedarf erkennen, die Chance, Fehlzeiten bei Auszubildenden frühzeitig zu begegnen – insbesondere, wenn sie zielgruppengerechte gesundheitsförderliche Angebote entwickeln. Hier auch digitale Medien einzubinden, könnte sinnvoll sein, denn die jungen Leute nutzen sie ja intensiv.

» Ältere sind seltener krank, aber dafür länger

Über den Themenschwerpunkt hinaus enthält der jährlich vom WIdO, der Universität Bielefeld und der Beuth Hochschule für Technik Berlin herausgegebene Fehlzeiten-Report auch in der aktuellen Ausgabe detaillierte Auswertungen der **Arbeitsunfähigkeiten** (AU) von rund 11,4 Millionen bei der AOK versicherten Erwerbstätigen. Diesen zufolge betrug der Krankenstand der AOK-Mitglieder im vergangenen Jahr 5,2 Prozent. Das heißt: An einem durchschnittlichen Tag des Jahres waren von 100 Mitgliedern gut fünf krank. Anders ausgedrückt: Jedes AOK-Mitglied war 2014 knapp 19 Tage arbeitsunfähig. Die Analysen zeigen auch, dass ältere Menschen nicht öfter krank werden als jüngere, ganz im Gegenteil: Die Zahl der AU-Tage pro 100 Mitglieder sinkt bei den 60- bis 64-Jährigen um fast die Hälfte im Vergleich zu den 15- bis 19-Jährigen. Allerdings sind ältere Menschen im Durchschnitt über viermal länger krank als jüngere. Konkret heißt das: Ist ein 15- bis 19-Jähriger im Zusammenhang mit einer Erkrankung im Durchschnitt nur rund fünf Tage arbeitsunfähig, so sind es bei den 60- bis 64-Jährigen etwa 22 Tage. Dies hängt vor allem mit dem Anstieg der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der Muskel-Skelett-Erkrankungen im höheren Alter zusammen.

Infos: www.wido.de